

neuer Mitglieder offen zu sein, jedoch eine politische Vorauswahl späterer Aufnahmekandidaten vermeiden.

Schon jetzt auf dem NATO-Gipfel müssen wir unsere Partner im Osten näher an das Bündnis heranführen. Der amerikanische Vorschlag einer „Partnerschaft für den Frieden“ weist dafür einen attraktiven Weg. Dieses Konzept erlaubt, den unterschiedlichen Bedürfnissen und Prioritäten einzelner Partnerstaaten gerecht zu werden. Es beinhaltet auch die Möglichkeit, mit Rußland und der Ukraine, deren herausragende Bedeutung für Sicherheit und Stabilität in Europa unbestritten ist, ein Beziehungsgeflecht zu begründen.

Maßnahmen der Abrüstung und Rüstungskontrolle behalten ihre große Bedeutung für unsere Sicherheit. Dabei steht die Eindämmung der Gefahren aus der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihrer Trägermittel im Vordergrund. Es gilt, den Eckstein der Nichtverbreitungspolitik zu erhalten: Wir müssen für die Universalität des Nichtverbreitungsvertrages und für seine unbegrenzte und unkonditionierte Verlängerung 1995 kämpfen. Dazu gehört der Beitritt der Ukraine als Nichtkernwaffen-Staat. Wir müssen ferner die Bedeutung der Integrität und der vollen Umsetzung des KSE-Vertrages für die Sicherheit in Europa bekräftigen und allen Vertragsparteien verständlich machen.

Auf der morgigen Sitzung des Nordatlantischen Kooperationsrats werden unsere Partnerstaaten gerade im Hinblick auf den bevorstehenden NATO-Gipfel ihre Erwartungen und Forderungen an das Bündnis zum Ausdruck bringen. Wir müssen die Chance zu einer Neuordnung ergreifen. Die Bevölkerung in den Partnerstaaten ist in einem äußerst schwierigen Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Umstellung begriffen. Wir schulden ihnen, aber auch unseren Bürgern und ihrer Sicherheit, daß wir alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um die NATO und die übrigen Sicherheitsorganisationen zu einem wirksamen System auf Kooperation begründeter Sicherheit zu vernetzen.

Kommuniqué der Ministertagung des Nordatlantikrates

vom 2. Dezember 1993 in Brüssel

1.

Die Außenminister der Nordatlantikpakt-Organisation sind heute in Brüssel zusammengetroffen. Sie richteten ihre besondere Aufmerksamkeit auf Themen, die auf dem bevorstehenden Treffen der Staats- und Regierungschefs am 10. und 11. Januar 1994 angesprochen werden dürften.

2.

In ihrer Diskussion begrüßten die Außenminister den Beginn der Europäischen Union mit dem Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags. Sie bekräftigten ihre uneingeschränkte Unterstützung für die sich herausbildende Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität und die Weiterentwicklung enger Zusammenarbeit zwischen NATO und WEU auf der Grundlage von Transparenz und Komplementarität. Sie sind der Ansicht, daß dies zur Stärkung des europäischen Pfeilers und somit der Allianz selbst beitragen und zu einer gestärkten und gleichberechtigteren transatlantischen Partnerschaft führen wird.

3.

Die Minister erörterten die Erweiterung des Prozesses der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern, auf die sich

die Tagesordnung des morgigen Treffens des Nordatlantischen Kooperationsrats konzentrieren wird.

4.

Die Minister nahmen mit Befriedigung zur Kenntnis, daß das Konzept der „Partnerschaft für den Frieden“ und damit zusammenhängende Vorschläge bereits einen nützlichen Ausgangspunkt für Erörterungen über die weitere Entwicklung der NATO zur Vorbereitung auf den Gipfel darstellen.

5.

Sie bekräftigten die Unterstützung der KSZE durch das Bündnis. Sie machten deutlich, daß die vollständige Umsetzung der KSZE-Normen und Verpflichtungen eine wesentliche Grundlage für eine gerechte und dauerhafte Friedensordnung darstellt. Sie begrüßten die auf dem jüngsten Treffen des KSZE-Rats in Rom getroffenen Beschlüsse, welche die wichtige Rolle der KSZE auf dem Gebiet der Konfliktverhütung, der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten, der Krisenbeherrschung und der Friedenserhaltung bekräftigen.

6.

Die Bündnispartner berieten auch über die gegenwärtige Lage im ehemaligen Jugoslawien und erneuerten ihre Unterstützung für die Umsetzung einschlägiger Resolutionen des VN-Sicherheitsrats und für den durch die Internationale Konferenz über das ehemalige Jugoslawien eingeleiteten Friedensprozeß. Sie begrüßten die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen auf der Grundlage des Aktionsplans der Europäischen Union und brachten ihren Wunsch zum Ausdruck, daß diese Verhandlungen rasch abgeschlossen werden, um eine politische Lösung des Konflikts zu erzielen und eine durch den Winter weiter verschärfte humanitäre Katastrophe von noch größerem Ausmaß abzuwenden. Sie erwarten, daß die Konfliktparteien die von ihnen übernommene Verpflichtung zur Gewährung völliger Bewegungsfreiheit aller humanitären Hilfsorganisationen strikt einhalten und daß der Flughafen Tuzla für humanitäre Zwecke geöffnet wird. Sie versprachen erneute Anstrengungen zu unternehmen, um humanitäre Hilfe zur Linderung des Leidens zu steigern.

7.

Sie bekräftigten ihre Unterstützung für Präsident Jelzins Programm der politischen und wirtschaftlichen Reform und gaben ihrer Erwartung Ausdruck, daß die Parlamentswahlen und das Referendum über den Verfassungsentwurf, die in einigen Tagen stattfinden sollen, ein historischer Schritt beim Aufbau von Demokratie in Rußland sein werden.

8.

Sie begrüßten den erfolgreichen Abschluß der ersten Reduzierungsphase des KSE-Vertrags und unterstrichen die Bedeutung der vollständigen Implementierung und des Erhalts der Integrität dieses Vertragswerks, das für Stabilität und Sicherheit in Europa von grundlegender Bedeutung bleibt. Die Minister appellierten an die Regierung der Ukraine, ihre Bemühungen zu verstärken und alle Verpflichtungen, die sie im Protokoll von Lissabon übernommen hat, insbesondere zu erfüllen einschließlich der vollständigen Ratifizierung von START I und des schlußfolgernden Beschlusses zum Nichtverbreitungsvertrag (NVV) als Nichtkernwaffenstaat.

9.

Die Frühjahrstagung findet am 9. Juni 1994 in Jasná statt.